

# Aus Sorge um den Frieden

Aus Sorge um den Frieden und mit Blick auf die anhaltend kritische Lage in der und um die Ukraine wenden wir uns an Bundesregierung, Parlament und Öffentlichkeit mit der dringenden Bitte: Lassen Sie nicht zu, dass der Kampf um die Ukraine zu einem Stellvertreterkrieg zwischen „dem Westen“ und Russland eskaliert!

Hundert Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges befindet sich die Welt in einer selbstverschuldeten gefährlichen Lage, in der sogar mit der Möglichkeit eines erneuten globalen Krieges gespielt wird. Es ist höchste Zeit, dass alle Menschen, die guten Willens und am Frieden interessiert sind, dem verantwortungslosen Kampf um Einflussphären, Gaspipelines und geostrategische Positionen Einhalt gebieten. Wirtschaftssanktionen und andere „Strafmaßnahmen“ der USA, der EU und Deutschlands gegenüber Russland sind ein untaugliches Mittel zur Deeskalation, zumal der Westen selbst nicht in der Lage oder Willens ist, seine Verbündeten in der Kiewer „Übergangsregierung“ zur Einhaltung der ausgehandelten Verträge, zuletzt der Genfer Vereinbarung, zu bewegen. Sanktionen versperren den Weg zu Gesprächen und Kompromissen und wirken somit krisenverschärfend.

In der Pariser Grundakte über Gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen NATO und Russland vom Mai 1997 haben sich beide Seiten verpflichtet, „gemeinsam im euro-atlantischen Raum einen dauerhaften und umfassenden Frieden“ zu schaffen. „Die NATO und Russland betrachten einander nicht als Gegner. Sie verfolgen gemeinsam das Ziel, die Spuren der früheren Konfrontation und Konkurrenz zu beseitigen“, heißt es dort. Beide Seiten strebten „ein Europa ohne Trennlinien oder Einflussphären“ an, die die Souveränität irgendeines Staates einschränken. „Ungelöste Gebietsstreitigkeiten, die eine Bedrohung für unser aller Frieden, Wohlstand und Stabilität darstellen“, sowie andere „Meinungsverschiedenheiten“ sollten auf der Grundlage des „gegenseitigen Respekts im Rahmen politischer Konsultationen“ beigelegt werden.

Zwei Jahre später öffnete die Nato mit ihrem ohne UN-Mandat und gegen den russischen Willen geführten Krieg gegen Serbien die Büchse der Pandora. Auch die vom Westen geführten Kriege in Afghanistan, Irak und Libyen haben - bei katastrophalen Opfern unter der einheimischen Zivilbevölkerung - ihre selbstgesteckten Ziele gründlich verfehlt. Kriege lösen keine Probleme - ein weiterer Beweis dafür ist mehr als entbehrlich.

Die hemmungslose Osterweiterung der NATO, die seit Jahren über ihre Grenzen hinausgreift und zur Ukraine enge Beziehungen aufbaut, ist nicht von dem Russland zugesagten Respekt getragen. In der Pariser „Grundakte“ wurde noch lobend hervorgehoben, dass Russland „tiefe Einschnitte in seine Streitkräfte vorgenommen“ und „in beispielloser Weise Truppen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den baltischen Staaten abgezogen“ habe. Aber das tat Russland doch nicht, damit die NATO nun ihrerseits sich in diesen Ländern festsetzt und ihre Grenzen bis unmittelbar an die Russische Föderation ausdehnt!

Wie der Website von Jazenjuks Stiftung „Open Ukraine“ zu entnehmen ist, haben das US-Außenministerium und die Nato seit Jahren Aktivitäten finanziert, die der ökonomischen und militärischen Annäherung an den Westen dienen. Vor diesem Hintergrund sind die Vorgänge um die Krim mit Vorwürfen wie den Begriffen „Annexion“ oder „Invasion“ an die Adresse Moskaus nicht hinreichend beschrieben. Statt die Ukraine in unlösbare Alternativen zwischen Eurasischer Union und Europäischer Union zu treiben und sich mit gegenseitigen Schuldzuweisungen zu überbieten, sollten beide Seiten und alle um den Frieden Besorgten neu darüber nachdenken, wie in der heutigen Staatenwelt vermehrt auftretende Spannungsverhältnisse zwischen der territorialen Unverletzlichkeit von Staaten und dem Selbstbestimmungsrecht von Bevölkerungen und Minderheiten friedlich zu lösen sind.

Hören wir auf, ständig an der Ukraine herumzuzerren! Niemand ist berechtigt, sein Gesellschaftsmodell anderen Staaten zu oktroyieren. Es kann nicht hingenommen werden, dass sich eine Politik zugunsten von reichen Minderheiten auf Kosten einer dramatischen sozialen Spaltung der Weltbevölkerung ausweitet. Es wäre ein Verbrechen, dafür den Weltfrieden zu gefährden. Wehren wir uns, bevor es erneut zu spät ist!

Von der Bundesregierung verlangen wir, dass sie eine Politik zum Abbau der aufgebauten Spannungen und zur Deeskalation der militärischen Konfrontation betreibt. Wir setzen auf gemeinsame Sicherheit: In den internationalen Beziehungen, insbesondere in den historisch so belasteten Beziehungen zwischen dem Westen und Russland, müssen die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Staaten des „gemeinsamen Hauses Europa“ Berücksichtigung finden.

**Wir fordern von Politik und Medien**, die Nato-Staaten und Russland daran zu messen, wie sie die von beiden Seiten unterzeichnete Pariser Grundakte einhalten. Die Verantwortung der Medien liegt in sachgerechter Berichterstattung und rhetorischer Abrüstung. Der Rückfall in alte Feindbilder schürt den überwunden geglaubten Kalten Krieg.

**Wir fordern den Stopp von ökonomischen "Strafmaßnahmen"**, die letztlich auf Kosten der Lebensbedingungen der Völker gehen und nicht nur in der Ukraine Rechtsextremen in die Hände arbeiten.

**Wir fordern alle diplomatischen Möglichkeiten auszuschöpfen**, um die Konflikte in der Ukraine zu lösen. Die baldige Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Einbeziehung der Konfliktparteien könnte deeskalierend wirken und Vertrauen schaffen.

## **Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation**

## **Erstunterzeichner/innen:**

Dietrich Antelmann, Berlin, Kameralist  
Martin Bartels, Usedom , Theologe  
Dr. Peter Bathke, Bad Kreuznach, Politologe  
Dr. Rudolph Bauer, Bremen, Prof. i.R.  
Prof. Dr. Jörg Becker, Solingen, Politikwissenschaftler  
PD Dr. Johannes M. Becker, Marburg, Friedensforscher  
Rolf Becker, Hamburg, Schauspieler  
Dr. Christoph Bialluch, Berlin, Psychologe  
Prof. Dr. Dieter Boris, Marburg, Sozialwissenschaftler  
Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder, Berlin, Psychologe  
Heinrich Bücken, Coop Antikriegscafe Berlin  
Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach, Friedensforscher  
Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Köln, Sozialwissenschaftler  
Murat Çakir, Kassel, Leiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen  
Manfred Coppik, Offenbach , Rechtsanwalt  
Daniela Dahn, Berlin, Schriftstellerin  
Prof. Reiner Diederich, Vorstand der Kunstgesellschaft Frankfurt a.M.  
Wiebke Diehl, Berlin, Islamwissenschaftlerin  
Hartmut Drewes, Bremen, Pastor i.R.  
Kai Ehlers, Hamburg, Journalist  
Prof. Dr. Ludwig Elm, Jena, Historiker  
Prof. Dr. Andreas Fisahn, Bielefeld, Rechtswissenschaftler  
Georg Fülberth, Marburg, Politikwissenschaftler  
Ulrich Gellermann, Berlin, Herausgeber der „Rationalgalerie“  
Willi Gerns, Bremen, Journalist  
Moritz Girolstein, Gießen, Psychologe  
David Goeßmann, kontext.tv  
Dr. Rolf Gössner, Bremen, Vizepräsident der Int. Liga für Menschenrechte  
Prof. Dr. med. Ulrich Gottstein, Frankfurt a.M., Ehrenvorstandsmitglied der IPPNW  
Victor Grossman, Berlin, Journalist  
Joachim Guilliard, Heidelberg, IT-Berater  
Angela Hampel, Dresden, Malerin  
Dr. Jürgen Harrer, Köln, Verleger  
Jörg Heinel, Politikwissenschaftler, Gewerkschaftssekretär  
Lühr Henken, Berlin, Bundesausschuss Friedensratschlag  
Rolf Herbertz, Kassel, Musiker  
Christof Herzog, Berlin, Komponist  
Uwe Hirsch, Berlin, Stellv. Landesvorsitzender der Naturfreunde Berlin  
Ute Hinkeldein, Erfurt, Thüringer Friedenskoordination  
Dieter Hooge, Frankfurt a.M., ehem. DGB-Vorsitzender Hessen  
Willi Hoffmeister, Dortmund, Ostermarsch Rhein-Ruhr  
Klaus Ihlau, Berlin, Journalist  
Monika Jowanowitsch, Frankfurt a.M., Gewerkschafterin  
Jutta Kausch, Berlin, Schauspielerin

Dr. Sabine Kebir, Berlin, Autorin  
Prof. Dr. Wilhelm Kempf, Konstanz, Friedensforscher  
Prof. Dr. Arno Klönne, Paderborn, Sozialwissenschaftler  
Prof. Dr. Michael Klundt, Magdeburg, Politikwissenschaftler  
Hans Kroha, Seligenstadt, Gewerkschafter  
Christine Kühnl-Sager, stellv. Vorsitzende des „Aktiven Museums“ Berlin  
Dieter Lachenmayer, Stuttgart, Friedensnetz Baden-Württemberg  
Reinhard Lauterbach, Berlin, Redakteur  
Dr. André Leisewitz, Frankfurt a.M., Redakteur  
Ekkehard Lenz, Sprecher des Bremer Friedensforums  
Irina Liebmann, Berlin, Schriftstellerin  
Bernd Meimberg, Sirkfelde, Friedensbewegung Schleswig Holstein  
Wolfgang Neskovic, Lübeck, Bundesrichter a.D.  
Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg, Völkerrechtler  
Klaus Pickshaus, Frankfurt a.M., Gewerkschaftssekretär  
Wilfried Riese-Girolstein, Alsbach, Psychologe  
Prof. Wolfgang Richter, Dortmund, Architekt  
Clemens Ronnefeldt, Freising, Friedensreferent des Versöhnungsbunds  
Wiltrud Rösch-Metzler, Stuttgart, Bundesvorsitzende von pax christi  
Walter van Rossum, , Köln , Publizist  
Prof. Dr. Werner Ruf, Edermünde, Politikwissenschaftler  
Dr. Werner Rügemer, Köln, Publizist  
Udo Rzadkowski, Berlin, Lehrer  
Monty Schädel, Waren (Müritz), Bundesgeschäftsführer der DFG-VK  
Gerhard Schäfer, Berlin, Sozialwissenschaftler  
Fabian Scheidler, kontext.tv  
Torsten Schleip, Leipzig, Lehrer  
Horst Schmitthener, Niedernhausen, Gewerkschafter  
Michael Schneider, Berlin, Schriftsteller  
Dr. Ulrich Schneider, Kassel, Historiker  
Friedrich Schorlemmer, Wittenberg, Theologe und Autor  
Thomas Schriever, Berlin, Architekt  
Ingo Schulze, Berlin, Schriftsteller  
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Berlin, Sozialwissenschaftlerin  
Prof. Dr. Hans See, Maintal, BCC-Business Crime Control  
Heinz-Peter Seidel, Berlin, Musikwissenschaftler  
Clemens Selzer, Bad Homburg, Gewerkschafter  
Martin Singe, Bonn, Theologe  
Prof. Dr. Gerd Sommer, Marburg, Psychologe  
Dr. Urte Sperling, Marburg, Sozialwissenschaftlerin  
Eckart Spoo, Berlin, Journalist  
Benno Stahn, Sprecher des Kieler Friedensforums  
Mani Stenner, Bonn, Netzwerk Friedenskooperative  
Dr. theol. Hans Christoph Stoodt, Frankfurt a.M., Anti-Nazi-Koordination  
Dr. Peter Strutynski, Kassel, Friedensforscher, Bundesausschuss Friedensratschlag  
Brigitte Strutzyk, Berlin, Schriftstellerin

Horst Trapp, Frankfurt a.M., Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

Peter Vonnahme, Kaufering, Richter i.R.

Jutta Wachowiak, Potsdam, Schauspielerin

Jürgen Wagner, Tübingen, IMI e.V.

Christa Weber, Berlin, Autorin und Schauspielerin

Konstantin Wecker, München, Liedermacher

Laura von Wimmersperg, Moderatorin der Berliner Friedenskoordination

Prof. Dr. Jörg Wollenberg, Bremen, Historiker

Ewald Ziegler, Nürnberger Friedensforum